

A-01 Zukunft ist, was wir draus machen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 22.11.2017
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Die Bundestagswahl hat ein Ergebnis ohne eindeutige politische Mehrheitsverhältnisse
2 erbracht. Dabei haben wir uns nach einem harten Wahlkampf mit dem bisher
3 zweitbesten
4 Ergebnis unserer Geschichte behauptet. Unsere Ziele, ein deutlich zweistelliges
5 Wahlergebnis
6 zu holen und dritte Kraft zu werden, konnten wir leider nicht erreichen. Doch gerade in
7 den
8 letzten Tagen vor der Wahl konnten wir noch mal sehr viele Bürgerinnen und Bürger für
9 uns
10 gewinnen. Besonders stark haben wir bei Frauen und jungen Menschen abgeschnitten.
11 Darauf
12 wollen wir aufbauen und mit neuer Kraft dran gehen, mehr Menschen für grüne Politik
13 und die
14 Demokratie zu begeistern. Ganz herzlichen Dank an alle unsere Wahlkämpferinnen und
15 Wahlkämpfer, die mit vollem Einsatz in diesen Wahlkampf gegangen sind.
- 16 Unsere Wählerinnen und Wähler haben sich mit ihrer Stimme für echten Klimaschutz,
17 gelingende
18 Integration in einer offenen und freien Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und ein
19 starkes,
20 solidarisches Europa ausgesprochen. Das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler ist uns
21 Verpflichtung, mit vollem Einsatz für diese Ziele zu kämpfen, für unsere Werte
22 einzustehen
23 und Verantwortung für das Gelingen unserer Demokratie zu übernehmen.
- 24 Zu dieser Verantwortung gehört für uns auch die Bereitschaft, bei unklaren
25 Mehrheitsverhältnissen eine stabile Regierungskoalition zu bilden. Aus dieser
26 Verantwortung
27 heraus haben wir mit CDU, CSU und FDP Sondierungsgespräche geführt. Diese
28 Sondierungen haben
29 sich erwartungsgemäß als sehr schwierig herausgestellt. Wir haben sehr ernsthaft und
30 ausdauernd über eine Zusammenarbeit von Parteien verhandelt, die inhaltlich weit
31 auseinander
32 liegen.
- 33 Wir danken unserer Sondierungsgruppe unter der Leitung von Katrin Göring-Eckardt
34 und Cem
35 Özdemir für ihren Einsatz. Sie hat standfest, geschlossen und mit großer Ernsthaftigkeit
36 verhandelt. Sie hat Brücken gebaut zwischen unseren Positionen und denen der
37 anderen, um so
38 zu Kompromissen zu gelangen, die unser Land voranbringen. Denn wir Grüne kämpfen
39 für
40 Fortschritt, damit dieses Land ökologischer, gerechter und weltoffener wird.

26 Weil wir wirklich etwas erreichen wollten, sind wir auf der Suche nach Kompromissen
auch an
27 unsere Schmerzgrenzen gegangen, mitunter auch darüber. Die Sondierungsgruppe hat
Positionen
28 und Kompromissmöglichkeiten immer wieder gründlich diskutiert und in der
Gesamtschau auf der
29 Grundlage unserer Werte und Ziele abgewogen, bevor sie auf den Verhandlungstisch
gelegt
30 wurden. Dabei galt stets das Prinzip: „Nichts ist geeinigt, bevor nicht alles geeinigt ist.“
31 Alle Einigungsperspektiven in Teilbereichen und alle Kompromissangebote standen
immer unter
32 dem Vorbehalt einer für uns tragfähigen Gesamteinigung.

33 Am letzten Wochenende der Sondierungen zeichnete sich ein Gesamtpaket ab, das es
allen
34 Partnern wahrscheinlich ermöglicht hätte, die Sondierungen abzuschließen. Wir waren
einer
35 Einigung nahe und hätten viel erreichen können, vom Kohleausstieg über eine
nachhaltige
36 Landwirtschaft, die Bekämpfung von Kinderarmut, die Eingrenzung von
Rüstungsexporten bis zum
37 Familiennachzug für subsidiär Geschützte. Eine solche Einigung hätte auch harte und
38 schmerzhaft Kompromisse beinhaltet, zum Beispiel in der Flüchtlings-, Außen-, Europa-
oder
39 Steuerpolitik. Die Entscheidung, dieses Gesamtpaket zu bewerten und
Koalitionsverhandlungen
40 aufzunehmen, hätte dann bei der BDK gelegen.

41 Es ist gutes Recht aller beteiligten Parteien, ein solch schwieriges Bündnis nicht
42 einzugehen. Es gibt keinen Automatismus zu einer Regierungsbeteiligung. Zu einem
Zeitpunkt,
43 in dem eine Einigung so greifbar wie noch nie während der Sondierungen war, brach
die FDP
44 die Gespräche inhaltlich unbegründet und nicht verantwortlich ab. Es fehlte der FDP
offenbar
45 der Mut zur Einigung und damit der Mut zur Übernahme von Verantwortung.

46 Deutschland befindet sich nun in einer Lage, die es so nach einer Bundestagswahl noch
nie
47 gegeben hat. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kommt in dieser Situation eine
48 bedeutende Rolle zu. Wir Grüne sind und bleiben gesprächsbereit. Unsere Grundlage ist
unser
49 Wahlprogramm, verdichtet im Zehn-Punkte-Plan.

50 Der Wahlkampf und der Sondierungsprozess haben gezeigt, dass unser eigenständiger
Kurs
51 trägt, gerade angesichts eines sich auffächernden Parteiensystems. Dabei haben wir
einen
52 klaren Gestaltungsanspruch. Wir regieren derzeit in neun Ländern in acht
verschiedenen
53 Konstellationen - mit einer klaren Verortung als ökologische, emanzipatorische Partei
der
54 linken Mitte. Diese Verortung hat uns Kraft und Klarheit im Wahlkampf und den

Sondierungen

55 gegeben. Als Partei der linken Mitte werden wir auch die anstehenden
Herausforderungen
56 angehen. Wir werden mit ganzer Kraft den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen
suchen und
57 verstärken.

58 Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land, ein solidarisches Europa und eine
gerechte
59 Welt voranzubringen. Es kann wahrlich keine Rede davon sein, dass es zwischen den
Parteien
60 keine Unterschiede mehr gibt. Das haben diese harten Verhandlungen sehr deutlich
gemacht.
61 Herausforderungen löst nicht, wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf
62 ausruht. Wir wollen Fortschritt erkämpfen. Mit vielen Verbündeten. Auch für diejenigen,
die
63 noch nicht an ihm teilhaben. Deshalb übernehmen wir Verantwortung für das Klima und
die
64 Umwelt. Für gelingende Integration sowie Humanität und Ordnung in der
Flüchtlingspolitik.
65 Für den Zusammenhalt in einem Land, in dem sich jede und jeder verwirklichen kann.
Für ein
66 starkes Europa und eine gerechte Welt. Wir waren in den Sondierungen bereit,
Kompromisse
67 einzugehen, um diese schwierige Zusammenarbeit der Parteien möglich zu machen.
Dabei war
68 immer klar, dass wir nicht 100% Grün werden durchsetzen können. Aber das heißt im
69 Umkehrschluss nicht, dass wir nicht mehr für unsere Überzeugungen eintreten. Das
Gegenteil
70 ist der Fall: Wir waren bereit, Kompromisse zu machen, weil diese Schritte in die richtige
71 Richtung gewesen wären. Sollte es erneute Sondierungsgespräche geben, würden wir
diese
72 erneut auf der Grundlage unserer im Wahlprogramm beschlossenen Kernvorhaben und
Ziele
73 führen.

74 Wenn es zu Neuwahlen Anfang 2018 kommen sollte, wird der Bundesvorstand
beauftragt, eine
75 Aktualisierung der Präambel des Bundestagswahlprogramms und des 10-Punkte-Plans
bis zur BDK
76 im Januar vorzunehmen und dieser vorzulegen.

Begründung

mündlich

Begründung der Dringlichkeit: Der Antrag konnte erst nach Antragsschluss eingereicht werden, weil er sich auf das Ergebnis der Sondierungen bezieht. Entsprechend haben wir den Antrag in der Einladung zur BDK angekündigt.